



DANIEL BINSWANGER

## Das Grundeinkommen – eine linke oder eine rechte Idee?

Man kann nicht behaupten, dass sich die direkte Demokratie in den letzten Jahren als reiner Segen erwiesen hätte. Der permanente Abstimmungskampf, die Häufung von Vorlagen, deren Vereinbarkeit mit der Europäischen Menschenrechtskonvention zweifelhaft ist, die zunehmende Unberechenbarkeit des politischen Prozesses: Die Volksrechte scheinen entzaubert.

Umso wohltuender ist es, dass nun über eine Vorlage abgestimmt wird, die wieder die Tugenden der Volksinitiative vor Augen führt: Dem Stimmbürger wird eine fundamentale Frage vorgelegt, der alle politischen Parteien ausweichen. Auf die Agenda kommt eine gesellschaftliche Entwicklung, deren Auswirkungen noch nicht dramatisch sind, die aber für die Zukunft des Landes entscheidend sein dürften. Eine Debatte wird angestossen über Grundwerte, über unser Menschenbild. Die Rede ist natürlich vom Grundeinkommen.

Diesen Standpunkt sollte man auch dann teilen, wenn man entschiedener Gegner des Grundeinkommens ist – und an Argumenten gegen die Vorlage mangelt es in der Tat nicht. Die grosse Mehrheit der Volkswirtschaftler spricht dem vorgeschlagenen Modell die Finanzierbarkeit ab. Zudem hat selbst Mitinitiant Oswald Sigg Zweifel geäussert, ob das Grundeinkommen von der Schweiz im Alleingang umgesetzt werden könne, solange die Personenfreizügigkeit mit

der EU fortbesteht. Dennoch muss die Debatte geführt werden. Auch wenn die Vorlage abgelehnt wird – woran kein Zweifel besteht –, wird die Auseinandersetzung nicht aufhören. Aus einer Reihe von Gründen.

Zunächst muss man festhalten: Eine Beurteilung des Grundeinkommens ist schwierig, da viele Parameter unbekannt sind – was dem Projekt eine utopische Dimension gibt, die Sache aber auch zu einer Glaubensfrage macht. Die Höhe der prognostizierten Kosten hängt stark davon ab, wie die Bevölkerung darauf reagieren würde, zur Arbeit nicht mehr gezwungen zu werden. Wie hoch wäre der Anteil jener, die sich zur Ruhe setzen? Wie hoch die Anzahl derer, die ihre neue Unabhängigkeit für eine bessere Ausbildung oder eine risikobereitere Erwerbsbiografie nutzen würden? Wir können diese Fragen nicht beantworten, da es noch keine Erfahrungswerte gibt. Es mag sein, dass die Geissel der Lohnsklaverei unverzichtbar ist, um den Beschäftigten zu einem Beruf und der damit einhergehenden sozialen Anerkennung zu verhelfen. Aber ist es wirklich undenkbar, dass der Mensch im 21. Jahrhundert zu seinem Glück nicht mehr geprügelt werden muss?

Erstaunlich ist, wie aggressiv die Debatte von den Gegnern geführt oder gar verweigert wird. Das Grundeinkommen als solches ist zunächst weder ein linkes noch ein rechtes Konzept. In Finnland wird ebenfalls über die Ersetzung der Sozialhilfe durch ein Grundeinkommen nachgedacht – mit dem expliziten Ziel, die Sozialausgaben zu senken und stärkere Anreize zum Wiedereinstieg ins Berufsleben zu schaffen. Mit der «negativen Einkommenssteuer» hat Milton Friedman, der grosse Prophet von Staatsabbau und Marktfundamentalismus, schon in den Sechzigerjahren ein Sozialstaatsmodell propagiert, das im Wesentlichen mit dem Grundeinkommen übereinstimmt.

Zeitgleich erhob Martin Luther King das Grundeinkommen zu einer Forderung der Civil-Rights-Bewegung. Der Links-rechts-Gegensatz hängt letztlich an der Frage, wie hoch das Grundeinkommen angesetzt werden soll. Die Abstimmungsvorlage lässt das offen.

Zudem besteht die Gefahr, dass die Robotisierung der Arbeitswelt zu solchen Umwälzungen führen wird, dass überhaupt nichts anderes übrig bleibt, als über neue Berufs- und Selbstverwirklichungsmodelle nachzudenken. Auch dieses Szenario enthält viele Unbekannte, aber dafür, dass wir uns in einem epochalen Strukturwandel befinden, gibt es überwältigende wissenschaftliche Evidenz. Das provinzielle Ignorieren solcher Prognosen ist befremdlich.

Vorderhand sind es vor allem urbane Kreative, die sich für das Grundeinkommen begeistern. Es gibt in diesen Milieus eine beeindruckende Mobilisierung. Heute sind sie noch eine Minderheit, aber die Statistik zeigt, dass flexibilisierte Biografien und prekäre Arbeitsverhältnisse für immer weitere Kreise zum Normalfall werden. Weder die gewerkschaftlich orientierten Sozialdemokraten noch die auf Eigenverantwortung fixierten bürgerlichen Parteien haben dieser wachsenden Wählerschaft ein attraktives Angebot zu machen.

Doch es gibt die Volksrechte. Jetzt macht das Volk sich das Angebot selber.

DM



NIKLAUS PETER

## Wovon wir reden, wenn wir von Zwingli reden

Aufklärung ist Vorurteilsentsorgung. Die bekannte Formulierung Kants lautet: Aus selbst verschuldeter Unmündigkeit befreit sich nur, wer selber zu den-